

Wahlprüfsteine WVZ

- Die Antworten der Parteien -

29. Mai 2024

Wahlprüfsteine WVZ

Vorbemerkung

Die folgende Präsentation gibt die Antworten auf die 8 Fragen der WVZ wieder, die der Verband an CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne am 11.04, gestellt hat.

Die Antworten trafen zwischen dem 2. Mai und dem 28. Mai ein.

Die Antworten werden 1:1 und ohne Veränderungen oder Kürzungen im Wortlaut wiedergegeben.

Die SPD hat lediglich auf die Fragen 1-7 geantwortet.

Die Grünen haben mit Mail vom 28.5. angekündigt, die Fragen nicht zu beantworten, da dies aufgrund der hohen Auslastung im Wahlkampf nicht möglich sei.

Frage 1: Handelspolitik

Zucker aus regionalen Zuckerrüben wird unter hohen Sozial- und Umweltstandards hergestellt. Kostengünstigerer Rohrzucker aus Übersee kommt meist ohne diese Standards aus. Er gefährdet den heimischen Markt und einen wichtigen Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. Wie wollen Sie das verhindern?



Die SPD hält es für sehr wichtig, dass Hersteller aus Drittländern ihre Lieferkette ökologisch und sozial nachhaltiger gestalten. Die von der SPD vorangetriebene Zwangsarbeitsverordnung zielt beispielsweise darauf ab, das Inverkehrbringen von Waren aus Zwangsarbeit auf dem EU-Markt unmöglich zu machen. Gleichzeitig ist der Zuckerexport für einige Entwicklungsländer eine wichtige Einnahmequelle, weshalb die EU den ärmsten Ländern zollfreien Zugang für die Einfuhr von Zuckerrohr gewährt. Bei jedem Handelsabkommen achten wir auch darauf, dass wir das anzuwendende Zollkontingent für Zucker sorgfältig abwägen. Wir wissen um die Bedenken, die in der EU geäußert werden. Deshalb haben wir kürzlich einer Notbremse für Zucker zugestimmt, falls die Importe aus der Ukraine zu hoch werden sollten.



Zucker ist Teil der Gemeinsamen Marktordnung der EU und auch für Zucker gilt die Gemeinschaftspräferenz. Das soll weiterhin so bleiben. Die Zuckerrübenanbauer werden mit ihren landwirtschaftlichen Betrieben über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) unterstützt. CDU und CSU werden dafür sorgen, dass die GAP weiterhin eine starke ökonomische Säule hat, die den Landwirten Schutz auf volatilen Märkten bietet und es ihnen erlaubt, nachhaltiger zu wirtschaften und ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die Direktzahlungen sollen eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft und der Erfüllung von hohen Produktionsstandards sein und stark vereinfacht werden. Wir brauchen zudem eine strategische Handelspolitik, die den gegenseitigen Zugang zu offenen Märkten fördert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und Abhängigkeiten in wichtigen Bereichen reduziert. Wir wollen weitere Freihandelsabkommen abschließen, wobei die Interessen der Landwirtschaft in den Verhandlungen berücksichtigt werden müssen.



Deutschland ist eine Exportnation und der Freihandel Motor für unseren Wohlstand. Millionen Arbeitsplätze, auch viele davon in der Agrarbranche, hängen hierzulande vom Handel mit anderen Ländern ab. Wir Freie Demokraten wollen daher die Chancen des Freihandels nutzen und den Tendenzen des Protektionismus, die weltweit wachsen, entgegenwirken. Wir sehen die Probleme für die heimische Zuckerwirtschaft, die mit dem Import von billigem Rohstoff, der zu geringeren Standards und teils subventioniert produziert wird, einhergeht. Daher setzen wir uns international für Wettbewerb mit fairen Rahmenbedingungen ein. Wir stehen für fairen, regelbasierten und verantwortungsbewussten Handel ein und engagieren uns für Reformen der Welthandelsorganisation. Zentral sind für uns dabei mehr Marktwirtschaft und weniger Bürokratie. Die Zuckerwirtschaft muss weltweit wettbewerbsfähig wirtschaften können.

Frage 2: Handelspolitik

Die Krisen der vergangenen Jahre haben die Anfälligkeit der Lieferketten im globalen Handel offengelegt. Mit welchen Maßnahmen planen Sie die Versorgungssicherheit mit regionalen Produkten wie Zucker in Europa nachhaltig zu stärken und zu sichern?



Um unsere Export- und Importmöglichkeiten zu sichern, halten wir es als SPD für wichtig, ein offenes multilaterales Handelssystem zu erhalten und gleichzeitig unsere Lieferketten zu diversifizieren. Das bedeutet, dass wir uns in Handelsabkommen engagieren müssen. Wenn es um sensible landwirtschaftliche Sektoren geht, halten wir an dem EU-Ansatz fest, sensible Sektoren systematisch mit sorgfältig kalibrierten Zollkontingenten zu schützen.



CDU und CSU wollen die heimische Erzeugung stärken. Wir richten den Fokus in der Agrarpolitik auf Ernährungssicherheit aus heimischer und europäischer Erzeugung und wirtschaftliche Perspektiven der Landwirtschaft. So wollen wir die EU-Pflicht, vier Prozent der Agrarflächen stillzulegen, dauerhaft abschaffen. Zudem müssen unsere Landwirte genug Möglichkeiten haben, vernünftigen Ackerbau nach guter fachlicher Praxis zu betreiben, einschließlich Pflanzenschutz und Düngung. Deshalb haben CDU und CSU im EU-Parlament dafür gesorgt, dass der falsche Ansatz zur Reduktion des Pflanzschutzeinsatzes mit starren Zielvorgaben und Verboten (SUR) abgelehnt und zurückgezogen wurde. Damit der Verbraucher mit ins Boot kommt, fordern wir eine EU-weite Herkunftskennzeichnung. .



Das schnelle und pragmatische Handeln der Zuckerwirtschaft während der Energiekrise in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hat die Versorgungssicherheit gewährleistet. Wir Freie Demokraten unterstützen Initiativen, wie die Kooperation der Hersteller zur Krisenbewältigung im Rahmen des Kartellrechts. Um die Lieferketten langfristig resilienter zu machen, wollen wir einerseits die Rahmenbedingungen für die Agrarproduktion verbessern und andererseits die Energieversorgung diversifizieren. Um den Ausbau von Infrastruktur und Erneuerbaren Energien zu beschleunigen, stellen wir auf EU-Ebene die Weichen für eine weitere Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dafür wollen wir Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) auf Vorhaben mit grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen beschränken und den Immissionsschutz pragmatischer ausgestalten. Wir wollen ein marktwirtschaftliches Strommarktdesign etablieren, um eine klimaneutrale, sichere und kostengünstige Energieversorgung für einen Europäischen Energiebinnenmarkt zu gewährleisten.

Frage 3: Agrarpolitik

Die Auswirkungen der Landwirtschaft auf das Klima sind in den Klimaschutzbemühungen zu berücksichtigen. Wie bewerten Sie die Diskussion um eine Bindung von Kohlenstoff in der Landbewirtschaftung oder ein dem industriellen Emissionshandelssystem (ETS) vergleichbares System?



Die SPD macht sich für die Honorierung von öffentlichen Leistungen, wie dem Klimaschutz, in der Agrarpolitik stark. Die Bindung von Kohlenstoff kann daher eine Option für den Zuverdienst für Landwirt*innen werden. Für unsere Partei ist dabei aber zentral, dass der Kohlenstoff so langfristig wie möglich gebunden bleibt. Mit dem Zertifizierungsrahmen für Kohlenstoffentnahmen (CRCF) haben wir den Grundstein dafür gelegt, dass Landwirt*innen diese Dienstleistung erfolgreich vermarkten können. Das ETS-System ist in unseren Augen ein gutes Instrument, um die Transformation der Industrie nach vorne zu treiben. Aufgrund der spezifischen Merkmale der Landwirtschaft, muss jedoch noch abgewogen werden, ob ein ähnliches System hier erfolgreich sein könnte, oder ob es anderer Maßnahmen bedarf.



CDU und CSU unterstützen die Landwirtschaft bei dem Ziel, noch klimafreundlicher zu werden. Deshalb sprechen wir uns für die Förderung klimafreundlicher Landbaumethoden aus sowie für EU-weite Standards für die Zertifizierung von Carbon Farming, also landwirtschaftlichen Praktiken, die dazu beitragen, mehr CO₂ im Boden zu binden. Zudem wollen wir den Emissionshandel als zentrales Klimainstrument in der EU stärken, indem schrittweise alle energiebedingten Emissionen, einbezogen werden.



Klimaschutz funktioniert am kostengünstigsten und effektivsten mit einem sektorenübergreifenden Emissionshandel. Wir Freie Demokraten setzen uns zudem für eine innovationsfreundliche Regulierung der Entnahme, Nutzung und Speicherung von CO₂ ein. Engstirnige Debatten über die Priorität der CO₂-Vermeidung vor Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU) verzögern nur den Markthochlauf. Die Landwirtschaft ist der einzige Sektor, der bereits bei der Produktion Kohlenstoff aktiv binden kann. Von dieser Klimaschutzleistung müssen Landwirte auch finanziell profitieren.

Frage 4: Agrarpolitik

Die Zuckerwirtschaft arbeitet an der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln. Trotzdem werden wir diese, in geringerem Umfang, auch weiterhin einsetzen müssen. Wie wollen Sie bei stetig abnehmender Verfügbarkeit wirksamer Mittel zukünftig einen notwendigen Pflanzenschutz gewährleisten?



Die Europa-SPD unterstützt das Ziel, den Pestizideinsatz in der EU bis 2030 zu halbieren. Integrierte Schädlingsbekämpfung spielt dabei eine wichtige Rolle. Wir fordern eine stärkere finanzielle Unterstützung für solche alternativen Methoden durch die europäische Agrarpolitik (GAP). Außerdem unterstützen wir die Pläne der Europäischen Kommission, das Inverkehrbringen von Pestiziden, die biologische Wirkstoffe enthalten, zu erleichtern und auf die Verkürzung der Verfahren zur Zulassung von Pestiziden durch die Mitgliedstaaten hinzuarbeiten.



Moderner Pflanzenschutz ist für die Sicherung der Ernährung unerlässlich. Deshalb muss sein Einsatz möglich bleiben und die Misstrauenskultur gegen die Landwirtschaft beendet werden. Landwirte haben eine hohe Fach- und Sachkompetenz und gehen verantwortlich mit Pflanzenschutzmitteln um. Gleichwohl steht außer Frage, dass die Risiken bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln weiter reduziert und chemischer Pflanzenschutz möglichst zurückgefahren werden muss. Wir wollen deshalb eine neue europäische Regelung, die praxistauglicher ist als der zurückgezogene SUR-Vorschlag. Diese muss auf Anreize und Innovationen statt auf Verbote und starre Zielvorgaben setzen. Die Entwicklung von Alternativen im mechanischen und biologischen Pflanzenschutz gilt es zu fördern. Vor allem streben wir eine deutliche Verkürzung der Dauer und die Vereinfachung von Zulassungsverfahren an, damit umweltschonende Pflanzenschutzmittel schneller auf den Markt kommen können.



Beim Einsatz und der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln stellen wir Freie Demokraten uns klar gegen die ideologische Vorverurteilung und pauschale Einschränkungen. Die Zulassung einzelner Substanzen oder Stoffgruppen darf nicht willkürlich erfolgen, sondern muss nach wissenschaftlich fundierten Maßstäben vorgenommen werden. Wir sehen die von der EU-Kommission unter der Führung von Ursula von der Leyen (CDU) angestoßenen Vorhaben im Rahmen des Green Deals mit Sorge, denn diese bringen eine Vielzahl von Auflagen, Verboten und bürokratischen Belastungen, vor allem für die Landwirte, mit sich. Wir wollen daher eine Regulierungspause für den Green Deal. Durch die engagierte gemeinsame Arbeit der Agrarbranche mit uns Freien Demokraten sind die Pläne der EU-Kommission für eine Pflanzenschutzmittel Verordnung (SUR) zu Recht gescheitert. Das Vorhaben hätte die Versorgung mit Agrarrohstoffen massiv gefährdet. Wir fordern vielmehr die Zulassung neuer Züchtungstechniken, eine einfachere Zulassung von Pflanzenschutzmitteln bzw. deren Wirkstoffen auf EU-Ebene und ein Digitalisierungspaket für die GAP, damit unsere Agrarbranche nicht weiter an Wettbewerbsfähigkeit durch EU-Vorgaben einbüßen muss.

Frage 5: Agrarpolitik

Mit dem Klimawandel bedrohen neue Schädlinge die Zuckerrüben. Neue Züchtungstechniken (Genschere) können helfen, schneller neue, angepasste Sorten zu züchten. Wie werden Sie sich für eine praktikable Anwendung neuer Züchtungstechniken einsetzen?



Die SPD lehnt die Vorschläge zur Neuen Gentechnik der Europäischen Kommission ab. Wir fordern eine angemessene Regulierung, die Risikokontrolle, Verbraucherschutz und den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft, insbesondere der Bio-Landwirtschaft wahrt. Dabei haben das Vorsorgeprinzip und damit einhergehend eine umfassende Risikoprüfung im Einzelfall vor jeder Zulassung für uns oberste Priorität. Denn auch bei neuen Gentechniken kann es zu unerwünschten Effekten kommen. Verbraucher*innen, die keine genveränderten Pflanzen auf ihren Tellern haben wollen, brauchen Wahlfreiheit. Im Falle einer Zulassung der neuen Gentechnik sind die Rückverfolgbarkeit und die Kennzeichnung von mit genveränderten Pflanzen hergestellten Produkten daher unverzichtbar. Außerdem muss sichergestellt werden, dass gentechnikfreie Landwirtschaft, insbesondere die Bio-Landwirtschaft, auch in Zukunft durch Koexistenzmaßnahmen, Rückverfolgbarkeit und Transparenz gentechnikfrei produzieren kann.



Mittels neuer genomischer Techniken können Pflanzen gezüchtet werden, die mehr Ertrag bringen, weniger Pflanzenschutzmittel benötigen und klimastabiler sind. Die neuen Züchtungstechnologien brauchen einen neuen Rechtsrahmen. Sorten, die in gleicher Form auch durch konventionelle Züchtung entstehen könnten, sollen nicht länger unter die Regeln des Gentechnikrechts fallen. Transparenz und Rückverfolgbarkeit sollen aber gewährleistet sein.



Wir Freie Demokraten sehen angesichts aktueller und auch aufkommender Herausforderungen wie zunehmender Ressourcenknappheit, Klimawandel und wachsender Weltbevölkerung in der Pflanzenforschung und -züchtung einen wesentlichen Baustein, die landwirtschaftliche Produktion nachhaltiger zu gestalten und besser an sich wandelnde Umweltbedingungen anzupassen. Neue Züchtungstechniken wie das Genome Editing liefern bereits heute vielversprechende Antworten auf veränderte Umweltbedingungen. Wir fordern, dass das EU-Gentechnikrecht schnell überarbeitet wird und Neue Züchtungstechniken in der EU zugelassen werden. Nachdem das EU-Parlament dem Vorhaben grünes Licht gegeben hat, kommt es darauf an, dass sich unter den Mitgliedstaaten eine Mehrheit dafür findet. Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) hat immer deutlich gemacht, dass es in Deutschland mit den Freien Demokraten eine Stimme in der Regierung gibt, die eine wissenschaftsbasierte und fortschrittliche Position vertritt und vorantreibt.

Frage 6: Agrarpolitik

In der Vergangenheit haben EU-Mitgliedstaaten den Umgang mit Pflanzenschutzmitteln (Notfallzulassungen) oder Beihilfen (gekoppelte Zahlungen) unterschiedlich gestaltet. Das führte zu Wettbewerbsverzerrungen. Was werden Sie gegen solche nationalen Alleingänge tun?



Mit der bisher gehandhabten Praxis, durch die eigentlich bereits verbotene Pestizide durch Notfallzulassungen wieder auf den Markt kommen, muss endlich Schluss sein. Der EuGH hat in dieser Sache letztes Jahr bereits richtungsweisend entschieden. In unseren Augen muss ein echter Notfall vorliegen, damit Pestizide wieder vorübergehend eingesetzt werden dürfen. Gekoppelte Zahlungen können in bestimmten Fällen ein wichtiger Baustein sein, um einen Sektor zu unterstützen. Dabei denken wir vor allem an die Ziege- und Schafhaltung oder die Unterstützung für den Anbau von Leguminosen. Gekoppelte Zahlungen für den Zucker-Sektor lehnen wir ab und werden wir bei der vergangenen Reform uns für eine diesbezügliche Änderung stark machen.



CDU und CSU haben sich immer - und auch erfolgreich - dagegen gewandt, dass in der EU gemeinsam gefundene Regelungen zum Pflanzenschutz, durch ausgedehnte Notfallzulassungen von einigen Mitgliedstaaten unterlaufen werden. Ebenso haben wir uns immer gegen gekoppelte Zahlungen, insbesondere im Ackerbaubereich, eingesetzt und werden dies auch weiter tun.



Wir Freie Demokraten wollen faire Wettbewerbsbedingungen für den deutschen Rübenanbau. Es braucht ein „level playing field“ innerhalb der europäischen Agrarpolitik, um den Rübenanbau in Deutschland nicht weiter zu gefährden. Die in der aktuellen Förderperiode der GAP gestatteten gekoppelten Zahlungen sehen wir kritisch und auch die zahlreichen Auflagen im Bereich des Pflanzenschutzes stellen eine echte Belastung für die heimischen Rübenanbauer dar. Dadurch wird unserer Ansicht nach ein fairer Wettbewerb verhindert. Wir setzen uns für ein grundlegendes Update der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ein, das mehr auf fairen Wettbewerb und weniger auf Bürokratie und Regulierung setzt.

Frage 7: Ernährung

Übergewicht bzw. Adipositas sind Risikofaktor für zahlreiche Erkrankungen. Bei Übergewicht ist die Kalorienbilanz entscheidend. Wer mehr Kalorien aufnimmt, als er verbraucht, nimmt zu. Was werden Sie tun, um das Thema ausgeglichene Kalorienbilanz zu befördern?



Im Rahmen des EU4Health Programms unterstützen wir die Kommission in einer Reihe von Initiativen, die sich mit dem Thema Ernährung und Bewegung befassen. Weiterhin unterstützt unsere Fraktion Maßnahmen für eine gesündere Lebensweise inklusiver Änderungen der Essgewohnheiten und regelmäßige Bewegung, die dabei helfen die Gesundheit zu verbessern und das Risiko chronischer Erkrankungen zu minimieren. Wir fordern beispielsweise eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung auf Verpackungen, um es Bürger*innen zu erleichtern.



Aufklärung, klare Information und Ernährungsbildung stehen für uns an erster Stelle. Dies wollen wir in allen Altersgruppen und Lernformen stärken. Ernährungsbildung soll verbindlich in den Lehrplänen verankert werden. Wissen über Kalorien und Nährstoffe ist dabei grundlegend. Gesunde Ernährung und Bewegung gehören unmittelbar zusammen. Wir halten den Ansatz der 2008 ins Leben gerufenen Regierungsinitiative „In-Form“ für gesunde Ernährung und mehr Bewegung mit vielfältigen Programmen und Angeboten für richtig und werden sie weiter unterstützen. Eine Verbraucherbevormundung, wie sie die Bundesregierung zum Teil plant, lehnen wir jedoch ab und sehen dies auch nicht als erfolgsversprechend an.



Wir Freie Demokraten stehen für einen Verbraucherschutz, der den mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern Optionen und eine informierte sowie souveräne Entscheidung ermöglicht. Wir vertrauen auf die Selbstbestimmung der Verbraucher. Deshalb lehnen wir eine bevormundende Verbraucherpolitik ab. Jede staatliche Initiative, um Adipositas zu bekämpfen, ist zum Scheitern verurteilt, wenn nicht auch der Verbraucher selbst die Bereitschaft besitzt, sich mit seinem Ernährungsverhalten auseinanderzusetzen. Selbstbestimmung setzt aber eine freie und informierte Entscheidung voraus, die auch die Zwänge und Grenzen berücksichtigt, denen Verbraucher unterliegen. Daher treten wir für transparente Nährwertinformationen ein und wollen eine frühzeitige Ernährungsbildung in Kindertagesstätten sowie Schulen etablieren.

Frage 8: Ernährung

Lebensmittel dürfen nicht durch „Nährwertprofile“ oder bewertende Nährwertkennzeichnungsmodelle in „gut“ und „schlecht“ unterteilt werden. Auf welcher Basis und in welcher Form wollen Sie Verbraucher über Kaloriengehalt und Nährwertangaben informieren?



Die Nährwerttabelle als verpflichtende Kennzeichnung auf fast allen verpackten Lebensmitteln ist für uns zentral. Sie enthält alle wesentlichen Angaben über Brennwert und Nährstoffzusammensetzung, die der Verbraucher für eine gesunde Ernährung braucht. Deshalb sollten staatliche Institutionen, Verbände und die Wirtschaft stärker im Rahmen der Verbraucheraufklärung auf sie hinweisen. Da sich viele Verbraucher ein vereinfachtes visuelles System der Nährwertkennzeichnung wünschen, ist der Nutri-Score als freiwillige Kennzeichnung in Deutschland eingeführt worden. In der EU wird über ein europaweites Modell diskutiert, aber angesichts der Probleme mit jeder vereinfachten Kennzeichnung gibt es noch keine Einigung. Grundsätzlich erscheint ein gemeinsamer Standard im Binnenmarkt sinnvoll. Dabei muss aber auch zwingend über die Bedeutung von visuellen Kennzeichnungen aufgeklärt werden, damit es nicht zu Fehlinterpretationen bei den Verbrauchern kommt.



Schon heute erhalten die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU sehr detaillierte Informationen über die Zusammensetzung von Lebensmitteln. Das Bestreben, dem Verbraucher auf europäischer Ebene immer mehr vereinfachte Darstellungen über die Inhaltsstoffe von Lebensmitteln an die Hand geben zu wollen, birgt die Gefahr, dass die nährwertbezogenen Angaben fehlinterpretiert werden und zu falschen Schlüssen verleiten. Die Einteilung dabei in „gute“ und „schlechte“ Lebensmittel durch vereinfachte Kennzeichnungsmodelle und Bezeichnungen lehnen wir klar ab. Uns ist bewusst, dass bei weniger Zucker in festen Lebensmitteln nicht automatisch eine geringere Kalorienaufnahme einhergeht. Vielmehr kommt es darauf an, dass der Verbraucher die bereits vorhandenen Informationen besser zu deuten lernt. Das setzt ausreichende Ernährungsbildung voraus, die wir stärken wollen.



Die Positionen der Zuckerwirtschaft zur Europawahl 2024 finden Sie [hier](#).

Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V. (WVZ)
Verein der Zuckerindustrie e.V. (VdZ)
Friedrichstraße 69
10117 Berlin

Telefon: +49 30 2061895-0
Telefax: +49 30 2061895-90
e-mail: wvz-vdz@zuckerverbaende.de